

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/41. Jahrgang

November 2010

Schutzgebühr: 0.30 E

Rente mit 67 und Altersarmut? Nein Danke!

... sagten 350 ver.di - Seniorinnen und Senioren und zogen am 27. 10. 2010 durch die Gießener Innenstadt. Sie demonstrierten **gegen** die Rente mit 67, die Rentenkürzungen für unsere Kinder und Enkel bedeutet, **gegen** drohende Altersarmut, **gegen** den weiteren Abbau der heutigen Renten durch Inflation, **gegen** die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge und der Pflegeversicherung und **gegen** die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel.



Inhalt:

Zeitbombe Atomkraft/Tafel + Ordnungsamt	S.2
Geld stinkt nicht/Jugendbündnis/Bettensteuer	S.3
Zur Integrationsdebatte/Islamunterricht	S.4
Mythos Wohlfahrtsstaat/Mehrheit f. Sozialismus	S.5
DKP-Parteitag/Feldbefreier/Buchtip	S.6
Leserbriefe	S.7
9. November - Reichspogromnacht/Termine	S.8

Statistik-Lügen mit Arbeitslosen

Die amtliche Zahl der Erwerbslosen in Deutschland ist unter drei Millionen gefallen. Im Oktober seien 2,945 Millionen Menschen ohne Arbeit gewesen, erklärte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Mittwoch in Berlin.

Allerdings beruhen diese Angaben auf Manipulation der Statistik: Wer mindestens 15 Stunden pro Woche Arbeit hat, gilt seit geraumer Zeit nicht mehr als arbeitslos. ALG-I-Bezieher über 58 Jahren werden ebenso wenig berücksichtigt wie Ein-Euro-Jobber sowie Menschen in Weiterbildungs- und Eingliederungsmaßnahmen. 4,2 Millionen Menschen haben eine Arbeit, die nicht zum Leben reicht. Noch im Juni hatte das Statistische Bundesamt mitgeteilt, daß 8,6 Millionen Menschen eine Arbeit suchen.

Protest gegen "Stuttgart 21" ungebrochen und bundesweit

Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 geht weiter – und es entwickelt sich Solidarität. In mehreren Städten der BRD wird nun auch wöchentlich Protest gezeigt, in Gießen jeden Montag um 19 Uhr am Hauptbahnhof (Foto vom 25.10.10). Nach der unglaublichen Brutalität der Polizei bei der Großdemonstration am Donnerstag, dem 30.9., mit mehr als 200 zum Teil schwer Verletzten (ein Demonstrant wurde durch gezielten Beschuß mit dem Wasserwerfer blind) ist die Wut und die Entschlossenheit - noch - ungebrochen. Der Arroganz, mit der sich Politik und Wirtschaft über die Forderungen und Interessen der Menschen hin-



wegsetzen, muß Einhalt geboten werden. Ohne die Gigantomanie von Stuttgart 21 mit dem Gießener Bahnhof und Mappus mit Rausch zu vergleichen: die Art des Vorgehens ist die gleiche. Beide Male

wird der Bürgerwille mißachtet, wird "Demokratie" zu einer Farce, werden Steuergelder verschleudert, die hinterher durch Sozialabbau und „Schuldenbremse“ auf die Bevölkerung abgewälzt werden.

Für Frieden und Sozialismus!



Atomkraft - die tickende Zeitbombe

Keine Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke - nicht noch mehr Atommüll!

Die Demonstrationen und Aktionen gegen die diesjährigen Castor-Transporte ins Atommüll-Zwischenlager in Gorleben zeigen: Die Aufkündigung des sogenannten Atomkonsens durch die Bundesregierung und die Energiekonzerne wird von großen Teilen der Bevölkerung nicht hingenommen. Mit der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke wird die Menge an radioaktivem Müll, der irgendwann sicher gelagert werden muß, immer weiter steigen. Bei der Suche nach einem Endlager, in dem dieses Material für hunderttausende Jahre strahlen kann, ohne Schaden anzurichten, gibt es seit Jahrzehnten keinerlei Fortschritte. Vor etwa 50 Jahren, zu Beginn der Nutzung der Kernenergie, wurde behauptet, Salzstöcke seien das ideale Endlager. Voreilig wurde damals das „Atomzeitalter“ ausgeru-

fen. An zwei Stellen wurde auf deutschem Gebiet versucht, in einem Salzstock ein Endlager einzurichten, in der BRD in Asse und in der DDR in Morsleben. Beide Versuche sind völlig gescheitert. Das Innere eines in-

Wasser und Instabilitäten im Material – das vorher vor Umwelteinflüssen sichere Salz kann absaufen wie in Asse oder einstürzen wie in Morsleben. Ein Endlager in einem Salzstock müßte nach diesen beiden Fehlschlägen eigentlich erledigt sein. Mit den jetzt geplanten weiteren Erkundungen in Gorleben will Regierung und Atomindustrie nur Zeit gewinnen. Wenn es nach Recht und Gesetz zugeht, kann dort niemals ein Endlager genehmigt werden. Der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken ohne Entsorgungsnachweis ist nicht nur unverantwortlich, er ist auch illegal. Proteste gegen die Castor-Transporte und den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke sind also mehr als gerechtfertigt. Die DKP unterstützt alle Aktionen und Aufrufe der Anti-Atomkraft-Bewegung. Gernot Linhart



Grundwasser sein, zum Einbringen des Mülls aber muß der Stock angebohrt und ausgehöhlt werden. Dann gibt es natürlich Einfallstellen für



Die Tafeln – und das Ordnungsamt

Der Satz, daß anlässlich einer Flugblattverteilung bei der Tafel-Aktion am 18.9 auf dem Seltersweg „nach dem Ordnungsamt gerufen wurde“ (Oktober-Echo, Seite 1) stieß auf Widerspruch. Das Ordnungsamt sei wegen der Lautstärke während der Auktion der Service-Clubs erschienen und nicht wegen der Flugblattverteilung des Erwerbslosenrates von verdi, beschied man uns. Das mag durchaus sein. Es ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß „Damen“ der Service-Center mehrere Flugblattverteiler beschimpften, ihnen das Verteilen verbieten wollten und mit Polizei und Ordnungsamt drohten.

Auf der Veranstaltung zur Tafel, die wenige Tage später im Stadthaus stattfand, versicherte Tafel-Chef Holger Claes: Wenn es so weit kommen sollte, daß die Leistungen der Tafel auf den Bezug von Hartz IV angerechnet werden, dann würde die Gießener Tafel umgehend geschlossen.

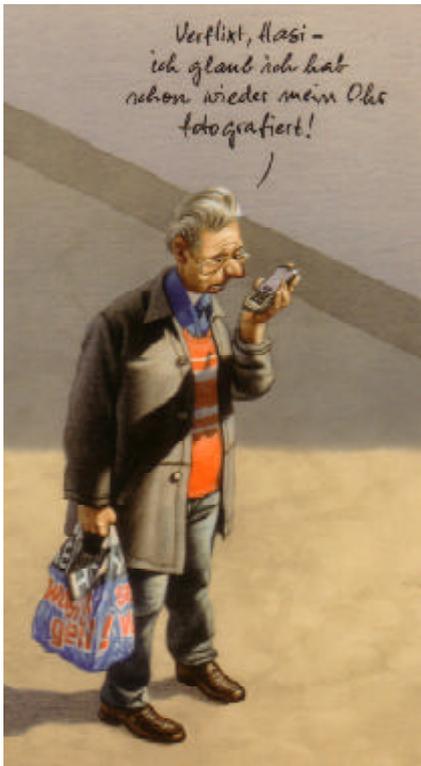


Ein Schloßpark in Gießen?

Ist das ein bisher geheimes Projekt für die Landesgartenschau - oder nur die Phantasie eines Immobilien-Händlers, um die Wohnungen, die in Wirklichkeit zwischen der Braugasse und dem verkehrsreichen vierspurigen Anlagenring liegen, besser vermarkten zu können?

Linksfraktion fordert "Bettensteuer"

In Gießen soll eine „Kulturförderabgabe“ eingeführt werden, das fordert die Linksfraktion in einem Antrag an das Stadtparlament. Durch eine Gebühr auf die Übernachtung in Hotels und Pensionen könnten etwa 100.000 Euro im Jahr eingenommen werden; gleichzeitig würde das Steuergeschenk der FDP an die Hoteliers zum Teil minimiert. In anderen Städten wie Köln (5%) und Darmstadt (zwischen 1 und 3 Euro pro Übernachtung) gibt es bereits ähnliche Satzungen.



Haushaltsrede der Oberbürgermeisterin

Sicher hat Dietlind Grabe-Bolz einige Akzente anders gesetzt als die Koalition. Sie fragt, inwieweit große Bauprojekte zu verhindern, soziale Leistungen zu verbessern sind. Das ganze war jedoch eine sozialdemokratische Rede, also: „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“. Die Frage, wer die Profite einheimst und wer darunter leiden muss, wird nicht gestellt. Die Antwort auf die Frage, warum die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, ist nun mal für Sozialdemokraten die Grenze ihrer Aufgeschlossenheit gegenüber sozialen Problemen.

Geld stinkt nicht

Seit Dienstag, 05.10.2010 müssen sich vier Faschisten vor dem Landgericht Limburg verantworten. Die Anklage lautet auf „Schwere Brandstiftung“ und „Versuchtem Mord“. Anfang März 2010 hatten die Angeklagten einen Molotow-Cocktail auf die Eingangstür des Wohnhauses eines Wetzlarer Antifaschisten geworfen. (Das Echo berichtete) Für den Prozess sind bisher 14 Hauptverhandlungstermine angesetzt. Soweit, könnte man sagen, ein „normaler“ Ablauf eines solchen Verfahrens. Schaut man auf die Liste der Verteidiger der vier Faschisten stutzt man. Da wäre zunächst der ehemalige Vize-Landesvorsitzende der NPD in Hessen, Dirk Waldschmidt, er verteidigt den Werfer des Molotow-Cock-

tails. Es folgt die Wetzlarer Rechtsanwältin Andrea Wetz. Nun eine Überraschung: ebenfalls auf der Verteidigerbank sind die beiden Gießener Rechtsanwälte Frank Richtberg und Henner Maaß, wobei Richtberg den Fahrer des Tatfahrzeuges verteidigt. Beide kommen aus der Gießener Anwaltskanzlei Helduser, Kleiner, Nemitz, Richtberg. Dietmar Kleiner ist SPD-Mitglied und erster Beigeordneter in Wetztenberg. Noch in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts verteidigten Richtberg und Maaß linke Aktivisten in Gießen und die Anwaltskanzlei galt als eine „linke“ Kanzlei. Können sich Menschen so ändern oder war der Preis hoch genug?
Henning Mächerle (VVN/BdA)



Die Krise gehört Euch - die Zukunft uns!



Am 23. 10. fand in der Gießener Kongresshalle unter dem Motto „Jugend braucht Perspektiven“ die Jugendkonferenz des neu gegründeten mittelhessischen Jugendbündnisses statt. Beteiligt sind die Gewerkschaftsjugend, Schülervvertretungen, der AstA und neben anderen politischen Jugendverbänden auch die SDAJ Gießen-Marburg. Die Konferenz als Auftaktveranstaltung der Bündnisarbeit wurde von etwa 100 Jugendlichen besucht, welche nach Kampfmöglichkeiten gegen die steigende Jugendarbeitslosigkeit und die zunehmend prekäre Situation ihrer Altersgenossen suchen. Laut DGB-Studien arbeiten von den unter 35-Jährigen in Mittelhessen 17.000 in befristeten Arbeitsverhältnissen und je-

der zweite im Niedriglohnbereich. Nach diversen Redebeiträgen zu erfolgreich geführten Kämpfen Jugendlicher sowie einer Workshopphase ging es auf die Straße. Vor der Kongresshalle wurde ein großes Transparent mit Forderungen gesprayt, eine „Stolpersteinmauer“ wurde eingerannt und in einem Demozug lautstark zum DGB-Gebäude marschiert, wo ein riesiges Transparent mit der Aufschrift: „Die Krise gehört euch – Die Zukunft gehört uns – Dieser Kapitalismus gehört weg!“ heruntergelassen wurde. Die auf der Konferenz verabschiedete Resolution endet mit den Worten: „Französische Verhältnisse statt amerikanischer Zustände!“ Maité Gütges
www.sdaj-hessen.de
sdaj-verteiler@marburger-echo.de

Zur Integrationsdebatte

Wismar^{*)}: jeder 4. Jugendliche nicht integriert

Seit einigen Monaten grassiert die Integrations-Debatte in der BRD, die mit Sarrazins rassistischen Ausfällen so richtig in Schwung gekommen ist. Gibt es irgendeine aktuelle „besorgniserregende“ Entwicklung hierfür? Nein. Weder gehört die Burka inzwischen zum Straßenbild, noch fallen grölende türkische Jugendliche besonders auf, und der Spruch „he Alter, was guckst du?“ trägt längst zur Erheiterung im Fernsehen bei.

Es muß einen anderen Grund für die plötzliche Islam-Hysterie und Ausländerfeindlichkeit geben. Hierfür gibt es Anhaltspunkte.

Zum einen paßt das Feindbild „Islam“ zum Kriegskurs der BRD wie die Faust aufs Auge: Afghanistan, Irak, Iran... Zum anderen werden die Seifenblasen, hinter denen von der Leyen die realen Arbeitslosenzahlen verbirgt, bald geplatzt sein. Denn der sogenannte Aufschwung ist keineswegs das Ende der Krise.

Die eingebrochene Wirtschaftsleistung ist noch lange nicht auf dem alten Stand, und die boomenden Börsengewinne resultieren einzig und allein aus dem Export – und der ist nicht kalkulierbar.

Da ist es von Vorteil, wenn man rechtzeitig einen Sündenbock für Arbeitslosigkeit und Sozialabbau aufgebaut hat: die Integrations-Verweigerer, die „uns auf der Tasche liegen“, denen

man es mit Zwangsmaßnahmen und Sondergesetzen zeigen muß.

Jetzt fordert man Sprachkurse, droht sogar Sanktionen an, dabei gibt es längst eine lange Warteliste, weil es gar nicht genug Angebote gibt.

Es ist bekannt, daß Integration im Kindergarten beginnt, aber es sind nicht ausreichend Plätze vorhanden. Man weiß, daß für Integration und Chancengleichheit Gesamtschulen notwendig sind; aber in der BRD beginnt die Auslese nach wenigen Schuljahren...

Die jüngste Shell-Jugendstudie hat u.a. aufgelistet, wie viele Jugendliche ohne Hauptschulabschluß sind. Trauriger Spitzenplatz für Wismar: hier sind es 24%. Jeder vierte Jugendliche hat dort keine Chance auf einen Ausbildungsplatz, wird perspektivlos ausgegrenzt. Und das sind allermeist keine Menschen "mit Migrationshintergrund", keine „Integrationsverweigerer“, sondern Opfer dieses Systems, die auf dem Arbeits-/Ausbeutungs-Markt nicht gebraucht werden.

Jugendgewalt, so eine aktuelle EU-Studie (FRA), ist unabhängig von der Religion; aggressives Verhalten steht aber in engem Zusammenhang mit sozialer Ausgrenzung.

Für kommende Jugend- u.a. Revolten wird die Polizei (und Bundeswehr) gedrillt – nicht nur in Stuttgart, Berlin und Gorleben.

Erika Beltz

^{*)} Hansestadt in Mecklenburg-Vorpommern, ca. 45.000 Einwohner



Stuttgart



... kann mehr!

Wie erst jetzt bekannt geworden ist, soll auch der dortige Flughafen unter die Erde verlegt werden.



Islamunterricht an Schulen?

Die Uni Gießen wollte Islamreligionslehrer ausbilden. Den Zuschlag von Bildungsministerin Anette Schavan erhielten jedoch andere Universitäten. Wir Kommunisten sind für Religionsfreiheit, aber auch für Bildungseinrichtungen, die frei sind von Religion. Klare Trennung von Religion und Staat bedeutet für uns: Keinen Religionsunterricht an den Schulen, egal welcher Konfession. Anstatt islamischen Religionsunterricht aufzubauen, sollte jeglicher Religionsunterricht aus den Schulen verschwinden. Wer seine Religion ausüben will, kann das in den jeweiligen religiösen Gemeinden tun. Kein Geld für die „Ausbildung“ von Religionslehrern, egal welcher Religion. K.S.

Der Mythos vom gefräßigen Wohlfahrtsstaat

Im Gleichklang von herrschender Politik und Massenmedien wird bei uns eine Vielzahl Mythen zur Manipulierung der öffentlichen Meinung verbreitet. Das geschieht durchaus nicht ohne Erfolg, weil gleichgerichtet aus allen medialen Rohren auf uns geschossen wird. Einer dieser Mythen lautet: Üppige soziale Wohltaten sind die Ursache der Staatsverschuldung. Und folglich müssen diese zusammengestrichen werden, wo es nur geht. So wird dann mit einer nicht zu überbietenden Dreistigkeit der Hartz-IV-Regelsatz von 359 E monatlich, für den keiner unserer Politiker auch nur an einem einzigen Tag den kleinen Zeh aus dem Bett strecken würde, um fünf E erhöht. Das Feierabendbier wird gestrichen, an sich logisch, denn Hartz-IV-Empfänger haben ja keinen Feierabend, desgleichen das monatliche Päckchen Zigaretten. Verständlicherweise wird zur Entlastung Energie fressender Chemie Giganten im Gegenzug die Tabaksteuer erhöht, was ja nach dem Tabakentzug die Hartz-IV-Bezieher nicht mehr trifft. Da man in verschmutzter Kleidung keine Blumen überreicht, fällt nach Streichung der Kosten des chemischen Kleiderbades auch das Geld für Schnittblumen weg. Man kann es nur noch mit Zynismus kommentieren.

Ja, aber stimmt es denn nicht, dass die Ausgaben für Soziales den Staat auffressen und uns alle arm machen? Politik und Medien sagen es unisono und es erscheint offensichtlich: Der Bundeshaushalt 2010 beträgt 320 Mrd. E und der Etat Arbeit und Soziales verschlingt allein 143 Mrd.„, *Wuchernde Sozialausgaben*“ und „*ausufernder Wohlfahrtsstaat*“ rauben uns die Zukunftsgestaltung, jammern Kapitalistenverbände und Politiker seit jeher. Milton Friedman, der führende Vertreter neoliberaler Wirtschaftspolitik, welche die Weltwirtschaft dann richtig an den Abgrund führte, sagte es bereits 1985: „*Die Soziale Sicherheit ist die Hauptschuldige der Haushaltskrise.*“ Und je unsicherer die Lage der arbeitenden Menschen im Kapitalismus wird, umso lauter schreien die Klopffechter des Systems: Haltet die Arbeitslosen, haltet die Armen, sie sind die Diebe! In Wahrheit ist es das kapitalistische Wirtschaftssystem, das immer mehr Arbeitende freisetzt, um mit modernster Technik stets profitabler zu produzieren. Es ändert am tendenziellen Wachstum der Arbeitslosigkeit nichts, wenn die Herrschenden diese statistisch wegrechnen. Inzwischen hat der Brüderle ja schon dekretiert, dass 5% Arbeitslosigkeit

gleich 0%, also Vollbeschäftigung sind. Alles gerade wie sie's brauchen. Die vom Kapital verursachte Arbeitslosigkeit und Lohndrückerei schafft Armut. Natürlich denken die Monopole als Profiteure nicht im Traum daran, für die von ihnen verursachten Kosten aufzukommen und wälzen diese auf die Allgemeinheit, also die Zahler von Mehrwert- und Lohnsteuer ab. Allein die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit, von den zerstörten Lebensplanungen der Menschen gar nicht zu reden, belaufen sich auf jährlich ca. 100 Mrd. E. Letztlich sind die Kosten der Arbeitslosigkeit weit höher. Dazu zählen die staatlichen Leistungen, die wegen Löhnen, von denen man nicht leben kann, an die wachsende Zahl der Geringverdienenden, Minijobber, Leih- und Zeitarbeiter gehen. Diese Zahlungen werden direkt an die Lohnarbeiter geleistet, aber sie erhöhen in Wahrheit die Profite der Unternehmen, welche die Löhne weiter drücken können. Würde die Arbeitskraft zu ihrem Wert verkauft, brauchte der Staat z. B. kein Kindergeld und kein Wohngeld zahlen. Sozialleistungen sind in der Tat Subventionen, sie sind „Sozialhilfe“, aber nicht für bedürftige Menschen sondern für die Profite des „notleidenden“ Kapitals. Klaus Mewes



RP Witteck gesteht: breite Mehrheit mag Sozialismus

Rund um den 3. Oktober, dem 20. Jahrestag des Anschlusses der DDR, wurde wieder aus allen Rohren geschossen. In allen Kanälen, in (fast) allen Zeitungen, auf zig Veranstaltungen wurden die Greuel des „Unrechtsstaats“ beschworen. Dabei ist keine Lüge zu dumm, kein Schauermärchen zu primitiv. Auch in Gießen.

Der CDU-Kreisverband hatte zu seinem Festakt den Gießener Regierungspräsidenten Lars Witteck ins Bürgerhaus Kleinlinden eingeladen. Und der ließ in seiner Ansprache die Katze aus dem Sack und offenbarte, warum denn die schon lange für tot erklärte DDR immer und immer wieder verun-

glimpft werden muß. „80% der Ostdeutschen und 72% der Westdeutschen können sich laut einer Umfrage vorstellen, in einem sozialistischen Staat zu leben, so lange für Arbeitsplätze, Solidarität und Sicherheit gesorgt wäre“, so Witteck und fügte hinzu: „Das kann und mag nicht wahr sein.“ M.B.

19. Parteitag der DKP

Der 19. Parteitag der DKP brachte frischen Wind – nicht nur durch die Wahl von Bettina Jürgensen zur neuen Parteivorsitzenden (Heinz Stehr hat nach 20 Jahren nicht mehr kandidiert). Seitdem Anfang dieses Jahres vom Parteivorstand (PV) „politische Thesen“ vorgelegt worden waren, rumorte es in der Partei. Darin war weniger von der Arbeiterklasse, mehr von Bewegungen, weniger von der Eigentumsfrage und mehr von Neoliberalismus, weniger von der Partei und mehr von Allianzen die Rede. Viele Genossinnen und Genossen sahen wesentliche kommunistische Prinzipien aufgegeben und widersetzten sich – auch die DKP Gießen. Die „Thesen“ mußten zurückgestellt werden. Vom PV wurden nun als Leitanträge eine „Politische Erklärung“ und ein „Aktionsprogramm“ vorgelegt, wobei es zu beiden Alternativ-Entwürfe gab, die nur mit einer hauchdünnen Mehrheit abgelehnt wurden. Nach einer Reihe von Änderungsanträgen wurden beide Leitanträge verabschiedet. Auch die Personaldebatte verlief kontrovers und nicht immer nach den Wünschen des PV: Patrick Köbele wurde – neben den bisherigen Vertretern Leo

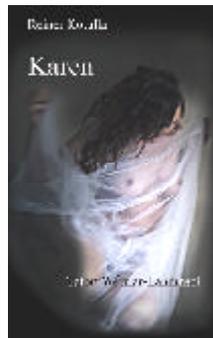


Mayer und Nina Hager - zum 3. stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Neben den Vorschlägen des PV kandidierten weitere DKP-Mitglieder zur Wahl in den Parteivorstand, sechs von ihnen wurden - teilweise mit hervorragenden Stimmenergebnissen - gewählt. Die Zeiten (fast) einstimmiger Beschlüsse und Wahlen ist vorbei. Dennoch war die Diskussion, von einigen Ausrutschern abgesehen, solidarisch und konstruktiv. Die Beiträge der Gäste – aus der VVN, der Gewerkschaft, der Friedensbewegung, der SDAJ, der hessischen Linkspartei sowie der Vertreter der Palästinenser und der kubanische Botschafter – wurden stürmisch begrüßt. Besonderen Beifall gab es auch für den Stuttgarter Delegierten, der über den dortigen Widerstand berichtete (*Wessen Bahnhof ist der Bahnhof? - Wessen Stadt ist die Stadt? - Wessen Geld ist das Geld?*). Mit der gemeinsam gesungenen Internationalen ging der Parteitag zu Ende; und die gemeinsame Arbeit muß beginnen. Ein Höhepunkt wird das auch beschlossene UZ-Fest im Juni 2011 in Dortmund sein.

Erika Beltz

Neuer Roman von Rainer Kotulla

Kein Krimi, sondern eine Liebesgeschichte. Doch es geht um mehr. Um Zwangsarbeit in Wetzlar und um Widerstand. Gab es den hier überhaupt? Dieser Frage geht Alexander Fabuschewski nach und stößt dabei auf ein geheimnisvolles Manuskript.... Verlag Shaker Media, 15 Euro



Feldbefreier-Prozeß: es geht auch anders

Seit dem 23.9. sitzt im Gießener Knast ein politischer Gefangener. Jörg Bergstedt wurde in einer hanebüchenen Verhandlung zu einem halben Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt (s. Gießener Echo Nr. 9/2010 u.a.), weil er unerlaubt ein Versuchsfeld der Gießener Universität betreten und dort einige genmanipulierte Gersten-Pflanzen herausgerupft hatte. Wie dagegen ein fairer Prozeß ablaufen kann, zeigt ein ähnlicher Fall in Aschersleben. Dort schlug die Richterin am ersten Verhandlungstag vor, das Verfahren wegen Geringfügigkeit einzustellen. Das lehnte der Staatsanwalt ab. Ein weiterer Vorschlag, den Prozeß nach einer geringen Geldstrafe zu beenden, lehnten die Angeklagten ab. Sie wollen einen Freispruch wegen eines „rechtfertigenden Notstandes“ erreichen – was der Argumentation der Gießener Angeklagten und Verteidiger entspricht. Während in Gießen alle Beweisanträge hierzu mit pauschalen, gleichlautenden Begründungen vom Gericht abgelehnt wurden, will die Richterin in Aschersleben genau diesen Umstand zum Schwerpunkt der Beweisaufnahme machen. Möglicherweise wird der Staatsanwalt und mit ihm die Gentechnik-Branche noch bereuen, daß sie dieses Verfahren begonnen und weitergeführt hat.

Gernot Linhart

Jörg Bergstedt

z.Zt. JVA Gießen

Gießen, den 5. 10. 2010

Lieber Jörg,

im Auftrag unserer letzten Mitgliederversammlung möchten wir Dir herzliche Grüße übermitteln. Wir sind empört über das Gesinnungsurteil, aufgrund dessen Du jetzt im Gefängnis bist.

Anbei senden wir Dir eine Ausgabe vom Manifest der Kommunistischen Partei. Wir denken, daß Du es in den nächsten Monaten lesen kannst, wozu Du bisher – wie Du vor einiger Zeit geäußert hast – nicht gekommen bist.

Solidarische Grüße

gez. Erika Beltz (i.A. DKP Gießen)

Leserbriefe

Betr.: Mogelpackung Ali

Ein Leser teilte uns telefonisch mit: Jetzt gehe ihm ein Licht auf und er verstehe das Verhalten der Ali. Er rief vor einiger Zeit dort an, um sich zu erkundigen, ob und wann Gießener Busse zu einer zentralen Demo gegen Sozialabbau und Hartz IV fahren. Die Frau von der Ali reagierte ganz grundlos äußerst aggressiv: „Sie wüßten das nicht und hätten damit nichts zu tun.“ Das hat ihn höchst verwundert; denn man denkt, eine solche Demo gehört zu den Prioritäten einer Arbeitsloseninitiative. Jetzt, nachträglich, verstehe er...

Es fehlt an Gesamtschulen

Die Gesamtschulidee ist bei weitem keine Ausgeburt des Kommunismus, sondern ein Ideal der französischen Revolution. Das bestehende deutsche Bildungssystem beeinträchtigt für einen erheblichen Teil unserer Kinder und Jugendlichen ihre Chancen und eine gesellschaftliche Teilhabe. Dies ist ein Skandal, der u.a. aus der Aufteilung von Zehnjährigen auf unterschiedliche Schulformen herrührt. Dieses frühe Auslesesystem gibt es OECD-weit nur noch in Deutschland, Österreich und zwei Kantonen der Schweiz. Internationale Studien (z.B. PISA, UNICEF) belegen, dass durch längeres gemeinsames Lernen alle einen höheren Lernerfolg und größere Sozialkompetenz erzielen. Die derzeitige enge Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft muß abgebaut werden. Der Grund ist: ein Drittel der Gesellschaft ist für den Kapitalismus nicht verwertbar. Die Dreiteilung der Schulformen erfolgt nach den Kriterien: Höhergestellte, Angestellte/kleine Beamte, Nichtverwertbare. Daher besteht auch keine Lehrmittelfreiheit und das Geld für Bildung ist unzureichend. Es gibt zu wenig Hochschulabschlüsse. Die Gymnasien halten international nicht mit und liegen laut OECD weit unter dem Schnitt. Es fehlt insgesamt die polytechnische Ausbildung und Verbindung von Hand- und Kopfarbeit, es fehlt am Lehrpersonal. Dass Bildung separate Länderangelegenheit ist und keine einheitliche Bundessache, ist überholt. Wir brauchen eine Schule für alle, 10 Jahre gemeinsames Lernen, um die Neigungen und Fähigkeiten zu erkennen, eine voll integrative und nicht dreigeteilte Gesamtschule. Bildung statt Bomben!

Falk Moldenhauer

Das Schwert des Staates

Fahren Sie mal durch die Gießener Gutfleischstraße. Von der Ostanlage Richtung Ringallee – und dann den Blick nach rechts: Mauern, NATO-Draht und eine merkwürdige Fassade. Fenster sind nicht sichtbar, weil die Räume so geschnitten sind, dass kleine Fenster seitlich gedreht sind. So können die Eingesperreten sich nicht sehen, nicht unterhalten. An der Gutfleischstraße steht ein Schild: Wer mit Gefangenen redet, riskiert 500 Euro Strafe. Knast ist sozialer Tod, gesellschaftliche Ausschließung. Beschlossen wird er in den Herrschaftsarchitektur ausstrahlenden Gebäuden rundherum, den Fabriken des Urteilens, inszeniert wie religiöse Akte, halt nicht mit dem Segen Gottes, sondern im Namen des Volkes. Wer im Knast landet, ist durch die gesell-

schaftlichen Verhältnisse vorbestimmt – und durch den Knast selbst, der das erzeugt, was er zu lindern vorgibt: Gewalt und Kriminalität. Die Utopie einer besseren Gesellschaft muss immer auch daran gemessen werden, wie weit sie solche Orte der Ausschließung nicht braucht. Ebenso sollte die Grausamkeit von Justiz, Polizei und Gefängnis immer in Erinnerung gerufen werden, wenn Recht und Gesetz abgefeiert werden. Das Strafrecht stammt überwiegend aus dem Kaiserreich, manch Neuerung von den Nazis (www.welt-ohne-Strafe.de.vu). Neben den Knästen in der Gutfleischstraße gibt es noch den Polizeigewahrsam in der Fernierstraße und zwei Psychiatrische Gefängnisse auf dem PKH-Gelände in der Licher Straße. **Jörg Bergstedt**, seit 23.9.10 in der Gutfleischstraße inhaftiert

Was will der Anti-Islamismus?

Je nach politischer, wirtschaftlicher und medialer Stimmungslage wird von rechts gegen Ausländer, insbesondere Muslime, Hetze betrieben. Auch Erwerbslose bleiben davon nicht verschont. Dies geschieht bei Herrn Sarrazin (SPD), sowie bei Herrn Seehofer und auch dem Bundespräsidenten Herrn Wulff. Sie liefern die Steilvorlagen für rassistische und faschistische Propaganda und Gewalttaten. Dabei ist der Islam eine Religion wie viele andere Religionen, wie auch das Christentum. Sie gehören durch lange Überzeugungsarbeit überwunden, wie insbesondere der fundamentalistische und menschenverachtende Kreationismus in den USA. Es gibt keinen imaginären Gott, der auf allen sich bekämpfenden Seiten zur Rechtfertigung herangezogen wird. Ein erfülltes Leben braucht keinen Glauben! So ist auch der Islam im Wesentlichen eine Ideologie, die - nach gewaltsamer Zerschlagung freiheitlicher Ansätze - den entrechteten Regionen der Erde diene. Und natürlich ist es komplizierter, denn er wurde vom Westen dafür installiert, um einen asiatischen Sozialismus zu verhindern (hier muss man Wulff Recht geben, auch wenn er es bestimmt anders meint). Perfide wird die Islamkritik, wo sie die globale Klassenfrage ausblendet! Muslime und Ausländer wer-

den besonders den Gesetzen der Leistungs- und Auslesegesellschaft ausgesetzt und durch Abschiebung bedroht. Sie werden durch eine verfehlte Bildungs- und Ausbildungspolitik in der BRD missbraucht!

Uwe Moldenhauer

Wahrheit über Kuba verboten

Michael Moores Film „Sicko“, der mit dem miserablen Gesundheitswesen in den USA abrechnet, lief kürzlich auch hier im Fernsehen. Moore hatte sich mit diesem Thema bereits in den 90er Jahren beschäftigt und berichtete jetzt über einen „Wettbewerb“, den er zwischen den USA, Kanada und Kuba organisierte. Erschickte Kamerateams in die Ambulanz von drei verschiedenen Krankenhäusern in den jeweiligen Ländern. Moore:

„Sie sollten warten, bis der erste mit einem gebrochenen Bein oder Arm ankommt und den Patienten begleiten, um die Qualität und Schnelligkeit der Behandlung sowie ihre Kosten zu prüfen und zu vergleichen...: Kuba hat mit Abstand gewonnen; sie hatten die schnellste und beste Behandlung und sie kostete nichts.“ - Aber die Pressefreiheit der Medienkonzerne hat ihre klaren Grenzen: Kuba durfte nicht gewonnen haben. Gegen seinen erklärten Willen wurde im Fernsehen vom Sieg der Kanadier über die USA berichtet... **Frauke Weber**



Probexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbot-online.de
www.unsere-zeit.de

9. November - Reichspogromnacht

Am 9. November gedenken wir in Gießen seit nunmehr 32 Jahren den Opfern der Reichspogromnacht.

Rassismus, Antisemitismus, Verunglimpfung von Minderheiten.....all das war nicht ausschließlich Merkmal der Nazi-Partei und ist heute nicht das Privileg von Rechtsradikalen in NPD, Kameradschaften usw. Es hieß, die Juden waren (und sind zum Teil noch heute) schuld, dann die Ausländer und jetzt vorwiegend Muslime.

Sarrazin (SPD) und andere Vertreter der deutschen Volksgemeinschaft glauben daran, die besseren Gene zu besitzen. Das macht eben den deutschen Herrenmenschen aus. „Unwertes Leben“ wurde von den Nazis aussortiert und in einer beispiellosen Art und Weise ermordet.

Die industrielle Vernichtung von Juden, denen 30 Millionen Slawen folgen sollten, ist in der Geschichte der Menschheit einmalig.

Nach 1945 kamen die Nazis nach wenigen Monaten aus ihren Löchern, um da anzuknüpfen, was sie mit der Befreiung Deutschlands erst einmal beenden mussten.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Auch heute fühlen sie sich wieder erhaben über die „nicht

arischen Rassen“.

Da wird gewettert gegen Muslime, Kommunisten, Sozialisten, heimlich immer noch gegen Schwule und Lesben. Wozu ist das erforderlich? Es soll abgelenkt werden von den Problemen unseres Landes, von den Folgen der Agenda 2010: Verelendung und Kriegsführung. Die Entsolidarisierung der Menschen muss funktionieren. Es gilt in unserem kapitalistischen Land, diese Asozialen und ihre Machenschaften zu schützen. Die Logik des Kapitalismus bringt eben solche Gestalten wie korrupte Politiker, Banker und andere Betrüger hervor; und auch solches Gesindel wie Sarrazin.

Max Horkheimer hat einmal gesagt: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen.“ - Der Kapitalismus hat immer, wenn er in Schwierigkeiten kommt, als letzten Ausweg die Option einer faschistischen Gesellschaftsordnung. Deswegen wurde Hitler vom Großkapital die Macht übertragen.

Es ist offenkundig: Wer Verbrechen, Verunglimpfungen und Ausgrenzungen verhindern will, muss den Kapitalismus überwinden, um eine faschistische Herrschaft zu verhindern.

Michael Beltz

Wenn es zum Marschieren kommt, wissen viele nicht,

Daß ihr Feind an ihrer Spitze marschiert.

Die Stimme, die sie kommandiert, ist die Stimme ihres Feindes.

Der da vom Feind spricht ist selbst der Feind.

Bert Brecht



Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de>

Ich möchte:

- Ich möchte Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:

8

Wir bitten um Spenden

Gießener Echo

Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025,
Sparkasse Gießen

Redaktionsschluß für das
Dezember-Echo: 24.11.10

Danke!

Wir bedanken uns sehr herzlich für alle Wünsche, Grüße und Spenden, die wir anlässlich des 40jährigen Jubiläums des Gießener Echo erhalten haben.

Besonders gefreut haben wir uns über die Grüße von Herbert Mies, dem ehemaligen Vorsitzenden der DKP, von Prof. Kurt Gossweiler, sowie vom "Vogtlandboten", der Zeitung der Linkspartei für das Vogtland.

vormerken

FEST der Solidarität
17. UZ-Pressfest der DKP
vom 24. bis 26. Juni 2011
Dortmund Revierpark Wischlingen

Termine der DKP

öffentliche Mitgliederversammlung, Donnerstag, 2.12., 19.30 Uhr, Winchester-Zimmer der Kongreßhalle

Bildungsreihe Manifest der Kommunistischen Partei. Auftakt: Freitag, 26.11., 19.30 Uhr, mit Robert Steigerwald (danach folgen drei weitere Abende)

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern:

**Protest gegen
Hartz IV**